



Die Sicherheitslage hat sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine dramatisch verändert. Kurz vor der Nationalratswahl hat nun die Regierung ihre neue Sicherheitsstrategie vorgestellt, die weit über die notwendige militärische Aufrüstung hinausgeht.

Text: Dr. Franz Unterasinger

# LICHTBLICK FÜR DIE SICHERHEITSSTRATEGIE 2024: ÖSTERREICH RÜST

2024 wird das Heeresbudget erstmals in seiner Geschichte mehr als vier Milliarden, ab 2027 mehr als fünf Milliarden Euro betragen. Foto: Bundesheer

**M**anche Dinge dauern so lange, dass man nicht mehr mit ihnen rechnet. Noch für diese Legislaturperiode hatte die österreichische Regierung eine neue Sicherheitsstrategie versprochen. Die alte Strategie stammt aus dem Jahr 2013, Russland wird darin als wesentlicher Partner bezeichnet und Europa als

Raum des Friedens. Jetzt hat die Regierung die nationale Sicherheitsstrategie doch noch veröffentlicht. Sie zeigt Österreich, das in der neuen geopolitischen Realität angekommen ist. Sie zeigt, wie Österreich auf die Welt blickt, welche Werte vertreten werden und was man bereit ist, dafür einzusetzen.

Freilich ist die österreichische Sicherheitsdoktrin kein global relevantes Papier wie die National Security Strategy der USA. Aber für Kleinstaaten sind solche Strategien ebenso wichtig, gerade weil sie verletzlich und vom Vorgehen anderer abhängig sind.

**PROBLEMSTAATEN UND -REGIONEN**  
Als haarige Baustelle wird das Verhältnis zur russischen Föderation eingestuft. Die russische Föderation hat zur Durchsetzung ihrer Ziele ihre Aggression gegenüber der Ukraine hin bis zum offenen konventionellen militärischen Angriff am 24. Februar 2022 gesteigert. Damit verbunden sind unterschwellige nukleare Drohungen, hybride Kriegsführung, Unterbrechungen von Lieferketten und erhebliche Preissteigerungen bei Energie- und Rohstoffen. Die EU soll destabilisiert werden, die Energie-, Rohstoff- und Lebensmittelpreise werden als Waffen eingesetzt.



### EU: Asyl-Erstanträge 2023 je 1 Million Einwohner/-innen

**Österreich**  
Erstanträge insgesamt: 55.605  
Erstanträge je Mill. Einw.: 6.107

0 bis unter 900	■
900 bis unter 2.700	■
2.700 bis unter 4.000	■
4.000 bis unter 6.200	■
6.200 und mehr	■



den von Österreich entfernt sind und von wo dort stationierte Raketen Österreich erreichen können, beeinträchtigen die Sicherheitslage in Österreich und auch die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten.

#### SCHWIERIGE PROBLEME

Als Risikofaktor ist die Immigration aus dem Osten und aus Afrika anzuführen. Österreich ist aufgrund seiner Lage in der Mitte von Europa, seines Handels und Fremdenverkehrs sowie seines Wohlstandes seit Jahren im besonderen Ausmaß mit irregulärer Immigration konfrontiert. Damit verbunden sind soziale Probleme, Kriminalität, Menschenhandel und Schlepperunwesen.

Eine weitere Herausforderung stellt die Wirtschaft dar. Durch die Abhängigkeit von funktionierenden Lieferketten, von Rohstoffen und von offenen Verkehrswegen hat jede wirtschaftspolitische oder militärische Auseinandersetzung negative Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft. Dazu kommen mögliche Störungen der digitalen Kommunikation oder Cyberangriffe.

Der menschengemachte Klimawandel hat sowohl in Österreich durch Trockenheit, Überschwemmungen und Erdbeben negative Folgeerscheinungen als auch global durch verstärkte Fluchtbewegungen aus besonders beeinträchtigten Gebieten, wie Pakistan in Asien oder den Ländern der Sahelzone in Afrika. Zum weiteren Risikofaktor hat sich der zu-

nehmend auftretende Extremismus entwickelt. Anschläge und Attacken sind teils islamistisch motiviert. Dazu kommen rechts- und links-motivierte Drohgebärden und antisemitische Attacken auf Personen und Einrichtungen. Die österreichische Bundesregierung zeigt Wege, wie auf die neuen Herausforderungen reagiert werden kann. Dazu zählen verstärkte internationale Zusammenarbeit, verstärkte Landesverteidigung, erhöhte innere Sicherheit und ein vertieftes Wertefundament.

#### INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Als besonders wichtig wird die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit betont. Im Rahmen der EU soll die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vertieft werden. Auch die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, der 193 Mitgliedsstaaten von 207 Staaten angehören, wird zu verstärken sein, wobei Österreich sowohl Sitz der Vereinten Nationen ist als auch an friedenserhaltenden Operationen teilnimmt. Österreich pflegt aber eine entsprechende Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und durch koordinierte Waffenbeschaffungen und Verwendung von kompatiblen (gemeinsam funktionierenden) Waffensystemen. Österreich ist Sitzstaat der OSZE, der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa, die zudem im Bereich der Umwelt und Wirtschaft tätig ist.

# ET AUF

Eine weitere herausfordernde Aufgabe stellt das Verhältnis zur Volksrepublik China dar. Sie ist gleichzeitig ein wichtiger Handelspartner, ein wirtschaftlicher Konkurrent, aber auch – man denke an die Unterstützung der russischen Föderation, von Nordkorea, den Konflikt um Taiwan und das Engagement mit nachfolgender Abhängigkeit in Afrika – ein nicht zu unterschätzender sicherheitspolitischer Risikofaktor.

Zu den genannten Unwägbarkeiten kommt noch die Region des Mittleren und Nahen Ostens. Die regionalen Konflikte in und um den Iran und um Israel, die nur wenige Flugstun-



## LANDESVERTEIDIGUNG

Seit dem Angriffskrieg der russischen Föderation gegen die Ukraine sind Krieg und konventionelle militärische Bedrohung nach Europa und damit nach Österreich zurückgekehrt, ebenso die Bedrohung durch Raketen und Drohnen und hybride Angriffe. Damit ist klar, dass eine bedrohungsgerechte militärische Landesverteidigung unerlässlich ist.

Die Verteidigung Österreichs und der Schutz der Bevölkerung sind aber weit mehr als eine militärische Aufgabe. Darum muss nach Meinung der Regierung die in der Verfassung verankerte umfassende Landesverteidigung gestärkt werden. Hierzu sind leistungsfähige Streitkräfte bereitzuhalten, die Nachrichtendienste, die Aufklärung und die Abwehr sind anzupassen. Die Widerstandsfähigkeit der staatlichen Einrichtungen, der Gesellschaft und Wirtschaft ist zu stärken. Die notwendigen Ressourcen inklusive Luftraumverteidigung und Raketen- und Drohnenabwehr sollen verbessert werden. Die Beteiligung am europäischen Skyshield ist bereits beschlossen. Das Milizsystem muss wieder gestärkt und die Übungshäufigkeit erhöht werden. Dabei wird auf das Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz verwiesen, das auch die Dotierung für umfassende Sicherheit und Vorsorge sicherstellen soll.

## INNERE SICHERHEIT

Die zunehmende Kompliziertheit des sicherheitspolitischen Umfelds führt zu einer steigenden Herausforderung für die innere Sicherheit. Bei der Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus müssen die Anwendung neuer Methoden möglich gemacht werden (Überwachung von Messengerdiensten). Durch eine Trennung von Asyl- und Zuwanderung soll mehr Sicherheit hergestellt werden. Die Zusammenarbeit mit der europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) ist nach Meinung der Regierung zu stärken. Gesamtstaatlich ist die Kommunikation zu verbessern, auch um die Cyberkriminalität effektiver bekämpfen zu können. Der Schutz der kritischen Einrichtungen und der Infrastruktur sowie der Zivilschutz zur Abwehr der natur- und zivilisationsbedingten Gefahren sind durch ein funktionierendes Krisen- und Katastrophenschutzprogramm zu stärken. Dazu wird auf das Bundeskrisensicherheitsgesetz verwiesen, das ein Bundeslagezentrum vorsieht, das wiederum mit einem Krisenstab die Einsätze koordiniert. Das Österreichische Bundesheer hat als strategische Handlungsreserve der Republik qualifizierte Assistenzleistungen zu erbringen.

## WERTEFUNDAMENT

Mit den skizzierten Maßnahmen sollen das Wertefundament, auf dem die Republik Österreich aufgebaut ist, und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. In diesem Zusammenhang ist die wichtige Aufgabe der geistigen Landesverteidigung mit der Pflicht zur Vermittlung demokratischer Werte und der Schaffung des Bewusstseins für Freiheits-, Grund- und Menschenrechten zu sehen. Durch die geistige Landesverteidigung sollen das Sicherheits- und Verteidigungsbewusstsein und die demokratische Wehrhaftigkeit gestärkt werden. Dabei ist das Funktionieren und Zusammenwirken staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen entscheidend. Hierbei kommt gerade dem Österreichischen Kameradschaftsbund eine entscheidende Rolle zu. Zur Sicherheitsstrategie gehört auch die Förderung der Bildung, insbesondere der politischen Bildung, in allen Schultypen und Schulstufen. Zur notwendigen Stärkung der Sicherheit zählen die Reduktion von Ressourcenabhängigkeit und Lieferabhängigkeit, Schutz kritischer Infrastruktur und die Stabilität des Finanzmarktes. Es soll eine Transformation des Energiesystems erfolgen, um vom Ausland unabhängiger zu werden, und die Stärkung der Energieversorgungsunternehmen im Inland. Insgesamt muss die Lebensgrundlage der in Österreich lebenden Menschen gesichert werden, auch durch Klimaschutz, um extreme Klima- und Wetterereignisse zu verhindern. Es ist aber auch die Bekämpfung von Katast-

rophen durch die Freiwilligenorganisationen zu unterstützen, die sowohl länderweise als auch staatenweise zu verstärken sind, wobei die Zusammenarbeit verbessert werden soll. Im Gesundheitsbereich ist das Vorhaben zu stärken, bei Gesundheitsbedrohungen die internationale Zusammenarbeit zu forcieren.

Sicherheitsstrategien sind der symbolische Rahmen, kein Gesetz. Am Ende ist jede Sicherheitsstrategie so stark oder so schwach wie ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Es muss darum gehen, eine breite politische Debatte zu führen und die Bevölkerung mitzunehmen. Wie kann ein Land wie Österreich zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beitragen? Wozu soll das Heer überhaupt befähigt werden?

In diesem Jahr wird das Heeresbudget erstmals in seiner Geschichte mehr als € 4 Mrd. betragen, ab 2027 mehr als € 5 Mrd. Damit werden Fähigkeiten aufgebaut, die die Bevölkerung am Ende vielleicht gar nicht einsetzen will. Eine breite Debatte ist notwendig über den Ausstieg aus dem Gas und der Reduktion des menschengemachten Klimawandels sowie den Schutz der Lebensgrundlagen ebenso über Sicherheit, Immigration und auch die Neutralität. Die von der österreichischen Bundesregierung beschlossene österreichische Sicherheitsstrategie 2024 muss mit Leben erfüllt werden, wobei der Kameradschaftsbund in Hinsicht auf die Geistige Landesverteidigung besonders gefordert ist.

**ALLE MENSCHEN SIND FREI UND GLEICH  
AN WÜRDE UND RECHTEN GEBOREN.  
SIE SIND MIT VERNUNFT UND GEWISSEN  
BEGABT UND SOLLEN EINANDER IM  
GEISTE DER BRÜDERLICHKEIT BEGEGNEN.**

ART 1 DER ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

▲  
*Text des Artikels 1 an der Außenwand des österreichischen Parlamentsgebäudes in Wien. Foto: wiki commons*